

# Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.  
Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus  
geliefert; durch die Post bezogen im inländischen  
Verkehr monatlich 1.50 Mk.; Einzelnummern 10 Pf.  
Vierst. Bld. Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Wildbad  
zweist. Bld. Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Wildbad  
Haberle & Co. Wildbad; Postfachkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren  
Raum im Bez. Grundr. 15 Pfg., außerh. 20 einse.  
Infl.-Steuer. Reklamazelle 40 Pfg.; Rabatt nach Tarif.  
Für Offerten u. bei Ausnahmefällen werden jeweils  
70 Pfg. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigennahme  
tägl. 8 Uhr vorm. — In Konkursfällen od. wenn gerichtl.  
Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlagewähr. weg.

Druck, Verlag u. Hauptredaktion Theodor Wad. Für den lokalen Teil verantwortl. Carl Th. Flum in Wildbad

Nummer 75

Februar 179

Mittwoch, den 31. März 1926

Februar 179

61. Jahrgang

## Wie geht's weiter?

Wird es im September besser gehen als im März?  
Oder wird aus unserem Eintritt in den Völker-  
bund in einem halben Jahre eben so wenig etwas werden  
wie bei dem letzten Genfer Versuch? In der Politik soll  
man nicht prophezeien. Man könnte sonst eifrig hereinfallen.  
Aber man soll — das ist unsere Pflicht — die Möglichkeiten  
prüfen und überprüfen, aus denen man gewisse Schlüsse  
ziehen und nach denen man sein Verhalten einrichten kann.  
Auf japanischen Antrag ist ein Studienauschuss ein-  
gesetzt worden, der am 10. Mai in Genf zusammentreten  
und dem Völkerbundsrat einen Bericht über die  
Frage seiner Umgestaltung vorlegen soll. Hiernach liegt die  
endgültige Entscheidung beim Rat. Der „Studienauschuss“  
hat nur vorzubereiten.

Wer gehört nun zu dem Ausschuss? In erster Linie die  
jetzigen Ratsmitglieder (England, Frankreich, Italien und  
Japan) und die unständigen (Belgien, Spanien, Brasilien,  
Schweden), außerdem Deutschland, Argentinien,  
China, die Schweiz und Polen. Argentinien war  
früher Mitglied des Völkerbundes, trat aber wieder aus  
demselben aus. Wahrscheinlich will man den Abtrünnigen  
durch diese Aufmerksamkeit wieder für den Bund gewinnen.  
Deutschland hat überhaupt noch nie dem Bunde angehört.  
Im übrigen hat man, wie die obige Aufzählung zeigt, alle  
Staaten, die während der Genfer Tagung  
Anspruch auf einen Ratsplatz erhoben hatten,  
in den Ausschuss gewählt.

Das läßt schon tief blicken. Polen, Spanien und  
Brasilien werden todsicher ihren Antrag auf Ratserwei-  
terung wiederholen, vielleicht auch Belgien und China. Man  
wird vielleicht auch die samojische Schiebung versuchen: Schweden  
und die Tschechoslowakei durch Polen und Holland zu  
erzelen. Jedenfalls werden die Polen den Anspruch auf  
einen ständigen Ratsplatz erheben, mit der Begründung, Polen  
sei ebenig Großmacht wie Deutschland. Und Frankreich  
wird seinen Schützling kräftig unterstützen, schon aus dem  
Grunde, daß Deutschland nicht rückenfrei werde. Brasilien  
hat erklärt, es werde nach wie vor gegen Deutschlands  
alleinige Aufnahme in den Rat protestieren. Schweden  
und die Schweiz sind gegen jede Ratserweiterung.

Kurz: Die Karten werden im September genau so liegen,  
wie im März, so daß man sich allen Ernstes fragen muß:  
Wozu diese kostspielige und zeitraubende Sitzpharisei?  
Gibt es nicht für uns, aber auch für die Herren vom Völker-  
bund Wichtigeres und Dringlicheres zu tun, als sich wieder  
zwecklos wochenlang an den schönen Gestaden des Genfer  
Sees herumzustreiten und zu markieren? Da gehört schon ein  
Alexander her, um diesen gordischen Knoten, den irgend ein  
uns Deutschen übelwollender Nachbar geschlungen hat, zu  
lösen. Oder hört man: einfach dieses fürirische Brasilien  
hinauswählen! denn der unauslöschliche Brasillaner Nello  
Franco war doch an allem schuld. Ganz gut. Aber das  
Mandat Brasiliens dauert bis 31. Dezember. Also würde  
dieses Mittel wiederum nicht verfangen. Und Deutschland  
müßte abermals auf ein weiteres Vierteljahr sich mit Be-  
dauern wappnen und hätte inzwischen sich eine zweite Nieder-  
lage in Genf geholt.

Die Aussichten sind also recht gering. — Hätte, fragt man  
sich billigerweise, Deutschland unter solchen Umständen  
sich lieber nicht in den „Studienauschuss“ berufen lassen?  
„Dieser Ausschuss“, heißt es wörtlich in dem Beschluß, „wird  
keine besondere Aufmerksamkeit den Gesuchen widmen, die  
bis jetzt von irgend welchen Mitgliedern des Völkerbunds-  
rats oder in ihrem Namen (z. B. wenn Polen seinen Antrag  
im Namen Frankreichs stellt) formuliert werden.“ Wenn  
nun Deutschland bei Einladung in diesen Ausschuss ab-  
gelehnt hätte, so würde es in aller Welt heißen: „Seht  
diese Deutschen! Es ist nicht mit ihnen zu arbeiten. Man  
kann sich nicht mit ihnen verständigen.“

So waren wir denn in einer Zwangslage, als wir  
Ja sagten. Aber durch unsere Mitarbeit — und das hoffen  
Frankreich und Polen — können wir leicht in die Lage  
kommen, Zugeständnisse zu machen, die uns später recht  
schlecht bekommen könnten. — Eines ist gewiß und erfreu-  
lich, nämlich die Tatsache, daß bis heute noch niemand in  
der Welt draußen uns für die Genfer Katastrophe verant-  
wortlich zu machen gewagt hat. Das ist immerhin ein mo-  
ralischer Erfolg. Wie es weiter geht, das kann heute nie-  
mand voraussagen. Jedenfalls unter einem Chamberlain  
nicht besser als im März. Entweder muß der Mann sich  
gründlich ändern oder — einem anderen Platz machen  
W. H.

## Rameks Berliner Reise

Am Samstag und Sonntag hat der österreichische Bun-  
deskanzler Dr. Ramek in Berlin den Besuch des  
damaligen Reichskanzlers Dr. Marx und des Reichsministers  
Dr. Stresemann in Wien erwidert. Es ist kein Geheimnis,  
weswegen dieser Gegenbesuch, der ja auch gleich wieder durch  
den eifertigen Gegenbesuch in Prag sein Gegengewicht er-

## Tagespiegel

General Walsh ist zum Zwecke neuer Kontrolltätigkeit in  
Berlin eingetroffen.

In der gestrigen Nachsitzung der französischen Kammer  
wurde das Budgetwörter für April mit 420 gegen 131  
Stimmen angenommen.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Ramek ist heute  
morgen zum Besuch der tschechoslowakischen Regierung in  
Prag eingetroffen.

Der rumänische König hat den General Averescu mit der  
Bildung der neuen Regierung betraut.

hat, so lange auf sich hat warten lassen. Die österreichische  
Regierung, namentlich während der Zeit, da Dr. Seipel  
als Bundeskanzler an ihrer Spitze stand, glaubte alles ver-  
meiden zu müssen, was den Verdacht hätte erwecken können,  
als ob sie mit dem Anschlußgedanken sympathisiere.  
Auch die Nachfolgerin der Regierung Seipel, das erste Ka-  
binett Ramek, war noch nicht reif für den Gegenbesuch. In  
ihm sah als Minister des Äußern Dr. Mataja, ein strammer  
Befolgsmann Dr. Seipels, der von diesem den Auftrag  
erhalten hatte, als letzten Versuch der Verwirklichung des  
Donaubundgedankens beim Völkerbund eine Un-  
tersuchung der wirtschaftlichen Lage Österreichs durch Sach-  
verständige zu beantragen, um nachzuweisen, daß Österreich  
nicht leben könnte, wenn ihm die Nachfolgestaaten  
weiter durch Einfuhrverbote und hohe Schutzzölle ihren  
Markt, das alte Abhängigkeitsgebiet der österreichischen Industrie,  
versperren, und daß deshalb dieses frühere Absatzgebiet  
wieder erschlossen werden müßte, wenigstens durch eine Vor-  
zugsbehandlung der österreichischen Einfuhr.

Es ist noch in Erinnerung, daß diese Politik im Völker-  
bund und bei den Nachfolgestaaten täglich Schiffbruch  
erlitten hat, was einer der Hauptgründe für das Ausscheiden  
Dr. Matajas aus der Regierung war. Denn nun wurde es  
sogar der führenden unter den beiden Mehrheitsparteien,  
der christlichsozialen, klar, daß man einem Phantombach-  
jage, wenn man weiter an der Fiktion festhalte, daß die dem  
neuen Österreich verbliebene altösterreichische Industrie (die  
ein Drittel der österreichischen Bevölkerung ernähren muß  
und es bei dem durchaus ungenügenden Binnenabfah nur  
durch Verkauf ihrer Erzeugnisse im Ausland kann) ihre alten  
bequemen Abgabengebiete jemals wieder erlangen werde. Nach-  
dem sie sich schon zu der Erkenntnis durchgerungen hatte, daß  
durch die Sanierung der Währung und des Staatshaushalts  
Österreich, das heißt die österreichische Volkswirtschaft, nicht  
lebensfähig geworden war, mußte sie nun selbst zugeben,  
wie es als ihr Organ Bundeskanzler Dr. Ramek in der Re-  
gierungserklärung bei der Vorstellung seines zweiten Ka-  
binetts tat, daß Österreich bei weiterer Absper-  
rung seiner Ausfuhr den Anschluß an ein  
natürliches großes Wirtschaftsgebiet su-  
chen müsse.

Wenn es auch der Druck der großdeutschen Mehrheits-  
partner war, der diese Erklärung veranlaßt hatte, so war  
doch auch die geänderte politische Gesamtlage Mitbestimmend  
dabei gewesen. Nicht nur hatte der Völkerbund Österreich,  
das ihn seit der Völkerbundankunft als seinen Schutzherrn  
ansah, seinem Schicksal überlassen; auch die Stellung des  
bisherigen Diktators im Völkerbunde, Frankreichs, hatte eine  
Veränderung erfahren. Der Zusammenbruch des  
Franken ließ die wirtschaftliche Vorherrschaft, die sich  
Frankreich als Frucht seines Sieges im Weltkriege erhofft  
hatte, immer mehr ins Gezeite umgeschlagen und erschlüt-  
tete damit auch seine militärische Vorherrschaft in seinen  
östlichen Trabantenstaaten. Die Folge davon war, daß es  
sich nunmehr gegen Deutschland verständlicher zeigen mußte.  
Das Vertragswerk von Locarno kam zustande, das auf  
der Grundlage eines Westpakt über den Ausschluß jeder  
gewaltsamen Aenderung von Deutschlands Westgrenze in  
das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich an Stelle  
von Haß und Mißtrauen einen neuen Geist der Versöhnung  
und des Vertrauens einführen sollte. Dieser „Geist von Lo-  
carno“ war es vor allem, den die Großdeutschen als Hebel  
benutzten, um dem Bundeskanzler das Versprechen zu der  
Abstattung des schon so lange schuldigen Gegenbesuches in  
Berlin abzunehmen.

Dr. Seipel hat es zwar für notwendig gehalten, ihm  
nach Berlin voranzufahren und durch Vorträge und sonstige  
Meinungsaussagen von vornherein den Sinn festzulegen,  
in dem er diesen Gegenbesuch seines Nachfolgers aufgesucht  
zu sehen wünscht. Dieser Gegenbesuch darf beiseite nicht als  
eine Anschließungsmaßnahme aufgefaßt werden, ebensowenig wie  
Dr. Seipels Reise nach Berlin. Dr. Seipel — und nach sei-  
ner Auffassung heißt das die österreichische Regierung, als  
deren spiritus rector er sich noch immer fühlt — ist viel-  
mehr der Meinung, daß Anschließungspolitik leere Demonstra-  
tionspolitik wäre, die er verabscheut, und daß Österreich trotz  
Einheit der deutschen Nation als selbständiger deutscher Staat  
neben dem Deutschen Reich fortbestehen könne, da die „west-

liche“ Vorstellung von der Einheit von Nation und Staat  
der Denkweise des deutschen Volkes nicht entspreche. Daß er  
dieser Ansicht wirklich ist, daß er keinen fehnlicheren Wunsch  
hat, als Österreich innerhalb des deutschen Volkes oder, um  
seinen Ausdruck zu gebrauchen, der deutschen „Nation“ als  
corpus separatum zu erhalten, dafür ist seine Ver-  
gangenheit der bündigste Beweis, wenn er auch immer wie-  
der eingestehen muß, daß innerhalb der österreichischen Be-  
völkerung höchstens 10 v. H. diese Ansicht teilen, während  
die übrigen 90 bei einer Volksabstimmung für den Anschluß  
stimmen würden. — Nun, die Bevölkerung des Deutschen  
Reiches wird es dem Bundeskanzler Dr. Ramek nicht schwer  
machen, die Weisungen Dr. Seipels zu befolgen. Sie weiß,  
daß 90 v. H. erheblich mehr sind als 10 v. H., und kann des-  
halb warten, bis diese 90 v. H. ihre Meinung frei sagen  
können. Ihr liegt jede „Annerkennung“ fern, und sie würde  
es für verkehrt halten, irgendeinen Druck zur Beschleunigung  
des Anschlusses auf die österreichische Bevölkerung auszu-  
üben. Freiwillig, ganz freiwillig soll sie  
heimkehren ins Reich. Denn allerdings wird sie mit  
offenen Armen aufgenommen werden.

## Neue Nachrichten

Polens Landraub

Berlin, 30. März. Halbamtllich wird mitgeteilt: Bei den  
deutsch-polnischen Liquidationsverhandlungen war das Ziel  
der deutschen Regierung, zu einer Vereinbarung zu gelangen,  
wonach die polnische Regierung gegen eine entsprechende  
deutsche Eigentum kaum noch ein Verhandlungsobjekt bilden  
des noch vorhandenen deutschen Eigentums in Polen ver-  
zichtet. Nach längerer Erwägung hatte die polnische Re-  
gierung erklärt, daß sie sich nur auf Verhandlungen über  
dasjenige Eigentum einlassen könnte, das noch nicht von der  
Liquidation ergriffen sei. Die im Februar bei den Kom-  
missionsverhandlungen in Warschau von der polnischen De-  
legation vorgelegte statistische Aufstellung ließ bereits er-  
kennen, daß das von der Liquidation noch nicht ergriffene  
deutsche Eigentum kaum noch ein Verhandlungsobjekt bilden  
könnte. Die polnische Delegation stellte jedoch neue Listen über  
das frei zu gebende Eigentum in Aussicht. Diese neuen Listen  
sind am 4. März übergeben worden. In einer Sitzung der  
Liquidationskommission am 25. März hat nunmehr die deut-  
sche Delegation das Ergebnis der Prüfung dieser Listen mit-  
geteilt. Nach Ausschaltung derjenigen Objekte, die nach deut-  
scher Auffassung überhaupt nicht liquidierbar sind, verbleiben  
nur zwei Rittergüter und etwa 1900 Hektar an kleinem länd-  
lichen Grundbesitz, außerdem nur wenige städtische Grund-  
stücke, sowie kleinere gewerbliche Unternehmungen. Ueber  
alles andere liquidierbare Eigentum ist das Liquidations-  
verfahren schon eingeleitet. Es schweben zurzeit solche Ver-  
fahren über 60 bis 70 000 Hektar des ländlichen Grundbesitzes  
und eine große Anzahl wichtiger Unternehmungen, wie  
Elektrizitätswerke, Handelsfirmen, deutsche Zeitungen usw.  
Der angebotene Rest ist im Verhältnis dazu so gering, daß  
keine Freigabe eine deutsche Gegenleistung nicht rechtfertigt  
und weder in wirtschaftlichen noch in politischen Beziehungen  
die Wirkungen der bisherigen Entschädigungspolitik ab-  
schwächen könne. Die deutsche Delegation hat daher erklärt,  
daß sie auf das polnische Angebot nicht eingehen könne, und  
hat mit aller Dringlichkeit den ursprünglichen Antrag auf  
vollständige Einstellung der Liquidation wiederholt. Sie hat  
dabei darauf hingewiesen, daß das von Polen bei den Liqui-  
dationen beobachtete Verfahren mit den Bestimmungen des  
Versailler Vertrages nicht im Einklang steht. Namentlich  
blieben die bisher als Liquidationserlös bezahlten Summen  
hinter dem wahren Wert der enteigneten Güter so weit zur-  
rück, daß alle von der Liquidation betroffenen Personen ge-  
nötigt waren, von der Ausnahmebestimmung des Versailler  
Vertrages Gebrauch zu machen, die eine Klage auf Zufah-  
rungskündigung vor dem gemischten Schiedsgericht gestattet.  
Die auf diesem Wege gegen die polnische Regierung ein-  
geklagten Summen belaufen sich insgesamt auf 300 Millionen  
Gold-Mark. Das Schiedsgericht hat bereits ein Beweisurteil  
erlassen, aus dem hervorgeht, daß es die polnische Schätzungs-  
methode nicht für zulässig hält und daß mit der Zubilligung  
von Entschädigungen zu rechnen ist, wenn auch deren Höhe  
noch nicht feststeht. Gleichwohl werden diese Methoden von  
den polnischen Liquidationsbehörden weiter angewendet, so-  
daß sich bei Durchführung der schwebenden Verfahren die  
Entschädigungsverbindlichkeiten noch weiter um sehr beträch-  
tliche Summen erhöhen müßten. Die deutsche Regierung hätte  
ein Recht darauf zu verlangen, daß Polen sich bei einer et-  
waigen Fortsetzung der Liquidation an die Bestimmungen  
des Versailler Vertrages hält. Sie hofft aber, daß sich die  
polnische Regierung nunmehr entschließen wird, auf eine  
völlige Aufhebung der Liquidation einzugehen, um damit  
eine Quelle dauernder Schwierigkeiten und Verstimmungen  
zwischen den beiden Staaten zu beseitigen.



### Der brasilianische Einspruch

Berlin, 30. März. Der brasilianische Außenminister hat in einem Brief an die deutsche Reichsregierung erklärt, daß Brasilien nicht darauf verzichtet hat, den Eintritt Deutschlands zu unterstützen. Brasilien könne aber auch nicht seinen Anspruch auf einen dauernden Sitz im Völkerbundrat aufgeben. Brasilien werde die berechtigten Ansprüche Deutschlands auf einen ständigen Sitz unterstützen, sobald die These aufgegeben sein werde, daß gleichzeitig mit Deutschland keine anderen Länder einen dauernden Sitz erhalten sollen.

Die offiziellen Verhandlungen der Reichsregierung, für die Herbsttagung des Völkerbundes „geeignete“ Vorbedingungen für die Aufnahme Deutschlands im Völkerbund und Rat zu schaffen, sind bereits seit Tagen in vollem Gange. Den Berichten ausländischer Nachrichtenagenturen entnehmen wir, daß am Samstag Botschafter Sibamer bei Chamberlain und am gleichen Tage der deutsche Botschafter in Paris bei Briand gewesen ist.

### Die Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika

Newyork, 30. März. Gestern wurde im Repräsentantenhaus von dem republikanischen Abgeordneten Ogden Mills ein Gesetzentwurf über die Freigabe des deutschen Eigentums eingebracht, der die ausgesprochene Unterstützung der amerikanischen Regierung hat und im wesentlichen dem sogenannten Mellon-Plan folgt. Die Abweichungen ändern diesen Plan nicht zu Ungunsten der deutschen Beteiligten. Die wesentliche Neuerung liegt an die Stelle der geplanten Ausgabe 5prozentiger Schuldverschreibungen mit der Garantie der Vereinigten Staaten allenthalben die Barzahlung. Die durch Urteil der Kommission festgesetzten und festzulegenden Beträge sollen, soweit sie amerikanischen Staatsangehörigen zukommen, in bar vom Schatzamt der Vereinigten Staaten ausbezahlt werden, und zwar mit Zinsen bis zum Tage der Zahlung, wogegen der dem Urteil zugrunde liegende Anspruch auf die Vereinigten Staaten übergeht. Der Treuhänder für das ehemals feindliche Vermögen soll das beschlagnahmte deutsche Eigentum auf Antrag in dem Zustande herausgeben, wie es sich im Laufe der Jahre durch Veränderungen im Bestande von Veräußerungen, Liquidationen und Verwaltungsmaßnahmen aller Art gestaltet hat. Antragberechtigt ist grundsätzlich nur der ehemalige Eigentümer. Der Rechtsweg vor den Bundesgerichten ist zulässig. Von der Rückgabe bleibt das Eigentum des Deutschen Reiches ausgeschlossen. Die Vorlage sieht eine angemessene Geldentschädigung für die Fortnahme von Schiffen durch die Vereinigten Staaten während des Krieges vor. Der Entschädigung für die Fortnahme von Schiffen und Stationen soll der Wert vom 2. Juli 1921, dem Tage der amerikanischen Friedensproklamation, zugrunde gelegt werden. Ein Ersatz für die Benutzung von Schiffen und Stationen durch die Vereinigten Staaten ist nicht vorgesehen. Eine Entschädigung soll für die im deutschen Eigentum stehenden Patente gewährt werden. Falls die Belastung der Vereinigten Staaten aus den Erlassansprüchen für Schiffe, Funkstationen und Patente insgesamt 100 Millionen Dollar übersteigt, tritt eine prozentuale Herabsetzung aller Entschädigungen ein.

### Deutschlands Amerikaneihen

London, 30. März. Der Washingtoner „Times“-Korrespondent beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit der amerikanischen Kreditpolitik in Europa. In amtlichen Kreisen Washingtons sei man, so führt der Korrespondent aus, stark beruhigt worden, als bekannt wurde, daß die Vereinigten Staaten Deutschland bereits 4 Milliarden Mark Anleihen gewährt hätten. Das Interesse des amerikanischen Geldgebers an Deutschlands industrieller Entwicklung sei ständig im Wachsen begriffen. Man beschäftigt sich daher eingehend mit dem Reparationsproblem und erinnert an das Wort Churchills, daß bald der Tag eintreten werde, an dem Deutschland der einzige Schuldzahler, die Vereinigten Staaten der einzige Gläubiger sei. In diesem Zusammenhang werden aber von amerikanischen Finanzkreisen gegen die großen deutschen Reparationszahlungen schwerwiegende Bedenken erhoben. Denn diese müßten wiederum von der deutschen Industrie aufgebracht werden, deren Rentabilität dadurch stark herabgemindert würde, dadurch aber würde die Verzinsung der in Deutschland angelegten Gelder amerikanischer Kapitalisten in Frage gestellt.

### Ramel über Oesterreich und die Anschlussfrage

Berlin, 30. März. Vor seiner Abreise aus Berlin empfing Bundeskanzler Ramel die Vertreter der Presse in der österreichischen Gesandtschaft, wobei er in einem interessanten Vortrag auf Oesterreichs Leidensweg zu sprechen kam und auf Oesterreichs Wiederaufbauarbeit. Es sei gelungen, eine staatliche Anzahl von Handelsverträgen, darunter auch schon einige richtige Tarifverträge, zu schließen und mit wenigen Ausnahmen die Meistbegünstigung zu er-

langen. Der Bundeskanzler verwies dann darauf, daß es der österreichischen Industrie trotz der unfählich schweren Lebensbedingungen gelungen sei, ihren Apparat in einem hohen Maße zu modernisieren und daß besonders die Landwirtschaft in den letzten Jahren ungeahnte Fortschritte gemacht habe. Oesterreich habe allerdings einen Teil seiner Souveränität durch die Abmachung mit dem Völkerbund preisgeben müssen, sei aber auch diesem kleineren Übel durch gewissenhafte Erfüllung seiner Verpflichtungen entwichen.

Italienischen Pressevertretern gegenüber erklärte Dr. Ramel, die österreichische Regierung sei sich wohl bewußt, daß die politische Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland erst möglich wäre, wenn der Völkerbund einstimmig seine Erlaubnis dazu erteilen werde. Er glaube nicht, daß die Anschlussfrage der italienischen Regierung Grund zu Vorwürfen bieten könne. Er hoffe, daß die Erörterungen über Tirol für die gegenseitigen Beziehungen nicht zwecklos gewesen seien. Oesterreich sei bereit, mit allen Staaten Schiedsgerichtsverträge abzuschließen. Ueber die Bildung eines mitteleuropäischen Locarno habe er noch keine ersten Vorschläge und beschäftige sich daher auch nicht mit dieser Frage.

### Der Reichsrat und der Reichshaushalt

Berlin, 30. März. Der Reichsrat wird am Mittwoch in einer öffentlichen Sitzung nach vorhergehender Beratung der Ausschüsse den vom Reichstag in dritter Lesung am Samstag verabschiedeten Etat nachprüfen. Man erwartet bei der Regierung im Augenblick keine Schwierigkeiten mehr und nimmt an, daß der Reichsrat dem Etat trotz einer Mehrbillsigung von über 700 Millionen Mark durch den Reichstag seine Zustimmung erteilen wird.

### Schwere Zusammenstöße

Leipzig, 30. März. Die Nationalsozialistische Partei hatte im gestrigen Abend im Zoologischen Garten eine große Kundgebung gegen den Sowjetismus angelegt, bei der Prof. Gregor reden sollte. Gleich nach Eröffnung der Versammlung fiel ein Schuß, worauf die Menge auseinanderstob. Im Saale wurden viele Möbelstücke zertrümmert. Auf der Straße kam es zu schweren Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Bis jetzt sind 6 Verletzte, darunter ein Polizeibeamter festgestellt.

### Die Fehentillegungen im Ruhrgebiet

Dortmund, 30. März. Das Oberbergamt in Dortmund hat auf eine Anfrage der Arbeitskammer im Ruhrgebiet mitgeteilt, daß die Zahl der stillgelegten Fehen Ende Februar dieses Jahres 38 mit 33 118 Arbeitern und Angestellten betrug, die Zahl der Fehen mit eingeschränkter Arbeit betrug zu dem gleichen Zeitpunkt 62 mit 33 021 Arbeitern und Angestellten. Von Kohlereien liegen 11 mit 1102 Arbeitern ganz still, während auf 7 Kohlereien mit 432 Arbeitern eingeschränkt gearbeitet wird.

### Kündigung des Lohntarifs im Saarbergbau

Saarbrücken, 30. März. Die Vertreter der beiden Bergarbeiterorganisationen, sowie der Metallarbeiterverbände, die in Paris in Verhandlungen mit der Bergwerksdirektion stehen, beschloßen heute, den am 15. Dezember 1925 im Bergbau in Kraft getretenen Lohnarif zu kündigen, da die Teuerung seit Dezember um 5,8 Prozent gestiegen und infolge der Frankentwertung eine weitere Verteuerung der Lebenshaltung in Erscheinung treten wird. Die Kündigung des Lohnarif ist heute mittag der Bergverwaltung in Saarbrücken überreicht worden.

### Die Beisetzung Fehrenbachs

Freiburg, 30. März. Gestern erfolgte in der Freiburger Friedhofskapelle die Einsegnung der Leiche Konstantin Fehrenbachs. Von auswärtigen Gästen waren u. a. schienen Reichskanzler Dr. Luther, der bisherige Reichskanzler Dr. Birtz, Stegerwald und Reichstagspräsident Löbbe, Minister Dr. Marz. Nach der Einsegnung durch den Erzbischof ergriff namens der Zentrumspartei Reichsminister Marz, namens der Reichsregierung Reichskanzler Dr. Luther das Wort. Nach dem Reichskanzler sprach der badische Staatspräsident Trunk im Namen der badischen Regierung. Landtagspräsident Dr. Baumgärtner legte für den Badischen Landtag einen Vorbererkanz am Sarge des einstigen Präsidenten der zweiten Kammer des badischen Landtags nieder. Als letzter sprach Reichstagspräsident Löbbe. Nach der Einsegnung in der Friedhofskapelle wurden die sterblichen Ueberreste Fehrenbachs in der Familienstätte beigesetzt.

### Kürzung der Syrien-Kredite

Paris, 30. März. Im Verlauf der gestrigen Kammerausprache über das Budgetmängel für April wurde die Regierung in die Minderheit versetzt. Die Kammer nahm nämlich trotz einer Intervention des Kriegs-

ministers Painlevé und des Ministerpräsidenten Briand mit 268 gegen 265 Stimmen einen Antrag des Sozialisten Baron an, die Kredite für die Befehlstruppen in Syrien um 1 Million Franken zu kürzen.

### Japans Festschließung in Mexiko

Newyork, 30. März. Aus Santiago in Kalifornien wird gemeldet, daß die Regierung von Mexiko an ein japanisches Syndikat mehr als 2 Millionen Acres zum Teil zu der Magdalena gehörendes Land verpachtet habe, angeblich zu dem Zweck des Anbaues von Gummi und der Gewinnung vegetabilischer Farbstoffe. An der Spitze des Syndikats sollen der mexikanische Generaloberst Bacquenz und der in Santiago ansässige Japaner Dr. Osawa stehen. Die Spannung zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ist dadurch verstärkt. Washington ist der Ansicht, daß eine derartige Landpachtung der Senatsresolution vom August 1912 widerspreche, wonach die Regierung der Vereinigten Staaten ernsthafte Besorgnis hege gegen Verpachtung von Land oder Häfen, die derart gelegen seien und als Basis für Heeres- oder Marinezwecke dienen könnten.

### Eine Reformierung des Kalifats?

London, 30. März. „Daily News“ meldet aus Kairo: Im Islam ist die Bewegung zugunsten der Errichtung eines nach modernen Gedanken radikal reformierten Kalifats ständig im Wachsen begriffen. Der Hauptgedanke ist, das Kalifat zu einer Vertretung ordnungsmäßig akkreditierter Delegierter der ganzen mohammedanischen Welt umzugestalten. Den Vorsitz dieser Vertretung soll ein Titular-Kalif führen. Hinter dieser Organisation soll als reale Macht ein Bund der mohammedanischen Staaten stehen. Ein ständiger Kalifatsrat in Mekka werde einen Faktor der Weltpolitik darstellen, der für alle am Orient interessierten Großmächte in erheblichem Maße von Bedeutung sein werde. Der vom Al-Azhar-Kalifatskomitee für Mai nach Kairo einberufene mohammedanische Kongress, der über die Wahl eines neuen Kalifen beraten soll, könne rasch zu Ereignissen führen, deren Folgen noch nicht abzusehen seien.

### Der Plan eines Groß-Oesterreichs

Wien, 30. März. In der „Reichspost“ veröffentlicht der österreichische Gesandte in Paris, Eichhoff, der zum Freundeskreis des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand gehörte, interessante historische Dokumente über die von dem Erzherzog unmittelbar nach seiner Thronbesteigung beabsichtigte Proklamierung der Ver. Staaten von Großösterreich. Eichhoff bemerkt einleitend, daß die Verkennung dieses großösterreichischen Gedankens eine der tiefsten Ursachen des Weltkrieges gewesen sei. Nach der Idee des Erzherzogs sollten die Bürger der Ver. Staaten von Großösterreich in ihren Beziehungen zum Ausland alle Vorteile aus der Zugehörigkeit zu einem einheitlichen, mächtigen, internationalen, wirtschaftlichen Zollverband haben. Der Erzherzog hatte alle Maßnahmen vorbereitet, um diesen Plan zu verwirklichen. Zu diesem Zweck war bereits ein Manifest entworfen, in welchem als Vorbedingung die völlige Uebereinstimmung der Verfassungen der Doppelmonarchie vorsehen war. Der Grundfah des Manifestes war die Schaffung eines Großösterreichs ohne Zoll- und Verkehrschränken.

## Württemberg

Stuttgart, 30. März. Amtliche Schätzung von Neubauten. In Anbetracht der Schwierigkeiten, denen unter den gegenwärtigen Verhältnissen bei Neubauten die Feststellung des Verkehrswerts (Verkaufswerts) im Hinblick auf einen erst in einem ungewissen künftigen Zeitpunkt etwa erfolgenden Verkauf begegnet, hat das Justizministerium verordnet: Bei Neubauten, die nach dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sind, kann die Schätzungsbehörde bis auf weiteres von der Feststellung des Verkehrswerts (Verkaufswerts) absehen und sich auf die Feststellung des Vorkriegswerts, d. h. desjenigen Verkaufswerts, den das Gebäude in seinem jetzigen Zustand am 1. August 1914 gehabt hätte, beschränken. Zugleich sind alsdann auch die Gestehungskosten des Gebäudes zur Zeit der Fertigstellung schätzungsweise zu ermitteln und in dem Schätzungsprotokoll anzugeben. Nur in denjenigen Fällen, in denen der Antrag ausdrücklich auf die Schätzung des gegenwärtigen Verkehrswerts gerichtet ist, muß die Schätzung auch hierauf ausgedehnt werden. Dabei liegt es in der Natur der Sache, daß die Schätzung bei der Ungewißheit der künftigen Entwicklung im wesentlichen nur auf der Grundlage der im Zeitpunkt der Schätzung gegebenen Verhältnisse vorgenommen werden kann. Auch bleibt es der Schätzungsbehörde unbenommen, dies durch ausdrückliche Anführung der ihrer Schätzung zugrunde liegenden einzelnen

## Schwere Ketten.

Erzählung von H. Knefeldt.

Autorisierte Uebersetzung.

„Daß jetzt dein Willard, Richard“, sagte Helene, indem sie den Bruder am Arm ergriff und in den Vordergrund des Salons führte. „Höre, welche Nachricht mir Klara gebracht hat!“

„Ich bin ganz Ohr“, erwiderte der junge Baron Wenden, sich verbeugend; sein Aussehen strafte aber seine Worte Lügen, denn seine Augen wanderten, nachdem sie den Salon durchzogen, unruhig suchend über den sich vor dem Fenster ausbreitenden sammetgrünen Rasenplatz und die sich zwischen Blumenbeeten und Rosenbouquets dahinjähenden Gartenwege.

„Hörst du mich wirklich, Richard?“ fragte seine Schwester mit einem harten Vachen, denn sie wußte sehr gut, was seine Augen suchten.

„Gewiß, gewiß, sprich nur, ich stehe zu Diensten“, antwortete er, sich zur Aufmerksamkeit zwingend.

„Ich will morgen nach Ballstadt zum Konzert, du sollst mich begleiten.“

„In diesem köstlichen Augustwetter in die Stadt und in einen Konzertsaal!“ rief der junge Baron erstaunt.

„Da höre ich nur“, ichmollte Helene, „als ob wir dieses köstliche Augustwetter nicht Tag für Tag und Abend für Abend hier in Wendenburg genießen könnten!“

„Ebenso gut wie wir den Winter über Konzerte in Sille und Bälle in Ballstadt hören können“, erwiderte Richard.

„Aber nicht ein solches, wie das morgen stattfindende“, mischte sich Klara ins Gespräch. „Es ist nicht öffentlich, sondern wird vor einem geladenen, außerordentlichem Publikum von einem fremden, berühmten Pianisten im Hause

meines Onkels auszuführen. Ich bin eigens herausgekommen, um die Familie von Wenden dazu einzuladen.“

„Es wäre die größte Undankbarkeit, wollten wir einem so liebenswürdigen Rufe nicht Folge leisten“, antwortete Richard von Wenden, indem er sich artig vor Klara verbeugte. „Ich werde die Damen begleiten.“

„Die Damen?“ fragte Helene, den Kopf in den Nacken werfend.

„Nun ja, dich und Fräulein Herta; sie spielt selbst so vorzüglich Klavier, daß sie gewiß auch bereit sein wird, einen Sommerabend zu opfern, um einen Künstler auf diesem Instrumente zu hören, in schöner sie sich auch von Garten und Park trennt. Gewiß ist sie wieder ausgeflogen?“

Er warf die letztere Frage leicht hin, Helene bemerkte gleichwohl die Spannung, mit welcher er auf den Bescheid wartete; sie beantwortete sie durch ein ungeduldiges Kopfnicken und bemerkte: „Du hast gehört, daß der Herr von Sellen uns zu dem Konzert einladen läßt.“

„Die Einladung lautet für die Familie von Wenden, da sind hoffentlich unsere Cousinsen und Gäste mit eingeschlossen. Nicht wahr, Fräulein Sellen?“

„Gewiß“, antwortete Klara nicht ohne Verlegenheit. „Da sie weder Helene verlassen, noch Richard in seiner ihr wohlbedürftig ersehenden Voraussetzung widersprechen mochte. Zu ihrer Freude kam ihr Herr von Sellen zu Hilfe. Er war bis dahin mit dem Baron im Hintergrunde des Saales auf und ab gegangen, hatte die letzten Worte gehört und trat nun zu der Gruppe, indem er dadurch seiner Begleiter heranzog, das Gleiche zu tun.“

„Eine Einladung, in welche auch die Gäste der Familie von Wenden mit eingeschlossen sind?“ fragte er. „Ei, das geht ja mich an. Darf ich fragen, wozu die Rede war?“

„Von etwas, das schwerlich nach Ihrem Geschmack sein dürfte, Better“, lachte Richard, „es handelt sich um einen musikalischen Kunstgenuss.“

Der Amtsrat von Sellen, ein Herr in der Mitte der dreißiger Jahre, mit einer ziemlich ausgesprochenen Anlage zur Wohlbeleibtheit, warf einen etwas scheuen Blick auf einen im offenkundigen Nebenzimmer befindlichen Flügel und fragte gebohrt:

„Wollen Sie spielen, Cousine Helene?“

„Nein, Better, ängstigen Sie sich nicht“, neckte Fräulein von Wenden, „ich möchte nicht spielen, sondern spielen hören.“

„Fräulein Herta“ sagte der Baron und seine mütterlichen Züge hellten sich auf.

„Auch sie nicht, Papa“, entgegnete Helene, gewaltfam eine unfreundliche Bemerkung unterdrückend, „sondern einen fremden, ausgezeichneten Künstler, der morgen in Ballstadt ein Konzert gibt. Richard hat mir bereits versprochen, mich dorthin zu begleiten.“

„Es ist ein Genuss, wie man ihn selten hat“, fiel Klara ein, „der fremde Künstler, Signor Bernini —“

„Kommt im Winter auch wieder“, unterbrach sie der Baron in seiner schroffen Weise, aber das sonst schlüchternen Mädchen ließ sich heute nicht abschrecken.

„Das ist sehr die Frage, Herr Baron, er ist ein seltener Augvogel“, versetzte sie. „Bedenken Sie doch nur, ich bin im Schweiße meines Angesichts zu Fuß von Ballstadt herausgekommen, um Sie einzuladen —“

„Nicht!“ rief der Baron ganz entsetzt dazwischen.

„Das Konzert findet im Hause meines Onkels statt, die Einladung gilt den Bewohnern von Schloß Wendenburg samt seinen Gästen.“

(Fortsetzung folgt.)



voraussetzungen noch besonders hervorzuheben oder einen Vorbehalt des Inhalts anzufügen, daß eine Gewähr für die Geltung der Schätzung auf längere Dauer nicht übernommen werden könne.

**Ehrendoktor.** Rektor und Senat der Technischen Hochschule Stuttgart haben zu Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt Fabrikant Heinrich Scheufelen in Oberlenningen-Teck.

**70. Geburtstag.** Generalarzt Dr. Rudolf v. Böß, der während des Krieges als Korpsarzt des 13. Armeekorps und an anderen Stellen wirkte, vollendet am 30. März das 70. Lebensjahr.

**Denkmal der Siebener.** Die Grundsteinlegung eines Denkmals für das 7. Inf.-Regiment Kaiser Friedrich an der Kotebühlkaserne soll im Mai d. J. die Einweihung spätestens im Frühjahr 1927 stattfinden.

**Diebsgeindel.** Verkaufsbuden, namentlich die an Bahnhöfen aufgestellten Lebensmittelbuden, waren seit letzten Herbst viel begehrte Objekte eines in Württemberg und in den angrenzenden Nachbarländern herumziehenden gewerbmäßigen Einbrechers, der von der Landesstriminalpolizei als der schon mehrfach vorbestrafte 20 J. a. Wanderbarbarische Georg Herol von Loslau Bezirk Rognitz festgesetzt wurde. In Bruchsal konnte er festgenommen werden. Jetzt hat er 25 derartige Einbrüche in Württemberg, Baden und Hessen zugegeben. Seine mitunter recht beträchtliche Beute pflegte Herol in Herbergen zu veräußern.

Die 21 und 25 J. a. Stiefbrüder Richard Sackmann, Maler von Beruf, und der Lagerverwalter Willy Maier aus Stuttgart, die bis jetzt 35 Dachstammereinbrüche verübt hatten, konnten verhaftet werden.

**Vom Tode.** In einem Haus der Seestraße hat sich ein 51 J. a. Kaufmann im Schlafzimmer seiner Wohnung erschossen. — In Oberbüttelheim kam ein 60 J. a. Tagelöhner infolge Trunkenheit auf der Straße zu Fall und erlitt einen Schädelbruch. — Beim Brauwirtshaus wurde ein 18 J. a. Radfahrer von einem ihm überholenden Personentransportwagen erfasst und überfahren. Der junge Mann erlitt einen Schädelbruch und wurde in schwerverletztem Zustand von dem Führer des Kraftwagens ins Constanter Krankenhaus gebracht. — In der Walblinger Straße, unweit der Funktalarstraße, wurde ein Straßengänger von einem Kraftwagen zur Seite geschleudert. Er erlitt nicht unbedeutende Kopfverletzungen.

### Aus dem Lande

**Gmünd, 30. März.** Wasserversorgung und Typhusgefahr. Nachdem bei der im letzten Herbst aufgetretenen Paratyphusepidemie der Verdacht zwar nicht bewiesen, aber angenommen wurde, daß die Typhuserreger in die städt. Wasserleitung eingebracht und von dieser verbreitet worden seien, ist im städt. Wasserwerk eine Entkeimungsanlage eingebaut worden, die am Montag, den 1. März 1926 in Betrieb genommen wurde. Hievon wurde seitens der Wasserabnehmer wohl kaum etwas bemerkt, da das Wasser völlig geruchlos bleibt. Ueber die Wirkung, die Anlage und ihre Zweckmäßigkeit hat das medizinische Landesuntersuchungsamt ein Gutachten erstattet, das zu dem Schluß kommt, daß die Chlorierungseinrichtung den beabsichtigten Zweck erfüllt und bei Fortführung eines sachgemäßen Betriebs eine Typhusverbreitung durch die Wasserversorgung in Gmünd ausgeschlossen erscheint.

**Gmünd, 29. März.** Postkraftwagenlinien. Der Postkraftwagenkurs Gmünd—Kuppertschoven wird am 1. Mai, die Strecke Wögglingen—Hohenstadt am 15. Mai in Betrieb genommen werden.

**Ebersbach a. F., 30. März.** Betriebsunfall. Ein hiesiges 15jähriges Mädchen verunglückte in der Kapsel- fabrik von Langbein dadurch, daß sie die rechte Hand in die Walzmachine brachte. Drei Finger mußten im Krankenhaus abgenommen werden.

**Göppingen, 30. März.** Brandstiftung. Am Samstag ist im Gewand hinterer Desterbach die Feldscheuer des Landwirts Vogel vollständig abgebrannt. Es liegt Brandstiftung vor. Der Täter ist festgenommen.

**Reutlingen, 30. März.** Jubiläum der Oberrealschule. Die hiesige Oberrealschule beging am Samstag in Verbindung mit ihrer Schlußfeier das 50jährige Jubiläum.

**Ulm, 30. März.** Selbstmord. Ein junger Mann brachte sich in der Nähe des Kriegerdenkmals am Unteren Kuhberg eine Schußverletzung in selbstmörderischer Absicht bei. Er verstarb nach kurzer Zeit.

**Neuhausen N. Tuttingen, 30. März.** Feuer im Bienenstand. Ein freilebender Bienenstand ist mit den darin untergebrachten Bienenstöcken und bienenwirtschaftlichen Geräten ein Raub der Flammen geworden. Der Brand dürfte auf das Wabenschwefeln zurückzuführen sein.

**Friedrichshafen, 30. März.** Vom Schiffal ereilt. Festgenommen wurde in Frankfurt a. M. der Eisenbahn- betriebsassistent Sorg von hier, der, wie seinerzeit berichtet, mit 2400 M. unterschlagenen Geldern geflüchtet war. Sorg hielt sich in Frankfurt unter falschem Namen auf und begabete dort zufällig einem hiesigen Kriminalbeamten, der seine Verhaftung veranlaßte.

**Vom Bodensee, 30. März.** Ehrung von Ludwig Finckh. Die Schuljugend von Gaienhofen ließ es sich nicht nehmen, dem aus Bozen und Innsbruck heimkehrenden Dr. Finckh zu seinem 50. Geburtstag eine kleine Huldigung darzubringen. Im Namen der Gemeinde überbrachte der Bürgermeister ihm die Ehrenurkunde als Ehrenbürger der Gemeinde Gaienhofen.

### Württemberg und die Russenkredite

Die kleine Anfrage der Abg. Dr. Reißwänger und Gen., betr. Ausfallbürgschaft für Lieferungen nach Rußland, hat das Arbeits- und Ernährungsministerium wie folgt beantwortet:

1. Mit der Vorbereitung und Durchführung der Rußlandgeschäfte, für welche das Reich und die Länder eine Ausfallbürgschaft in Höhe von zusammen 60 v. H. übernehmen sollen, wird eine interministerielle Stelle der Reichsregierung betraut werden. Bei jeder Entscheidung über einen Lieferungsvertrag aus Württemberg wird auch ein Vertreter Württembergs in der interministeriellen Stelle stimmberechtigt mitwirken.

2. Die Württ. Regierung wird besonders darauf Bedacht nehmen, daß die bedeutende und an dem Rußlandgeschäft von jeher stark interessierte württembergische Ausfuhrindustrie bei der Ausstellung der Garantiescheine ausreichend berücksichtigt wird. Um den Abschluß und die Finanzierung der Geschäfte, welche der Ausstellung der Garantiescheine voranzugehen haben, werden sich die Ausfuhrinteressenten selbst in freien Wettbewerb zu bemühen haben.

3. Die Finanzierung der Rußlandgeschäfte begegnet trotz der in Aussicht gestellten Ausfallbürgschaft des Reichs und der Länder großen Schwierigkeiten. Bei Ueberwindung dieser Schwierigkeiten werden auch württ. Bankkreise mitwirken; entsprechende Verhandlungen sind im Gang. Ein Monopol für die Finanzierung und Abwicklung dieser Geschäfte wird seitens der Großbanken nicht erstrebt. Für kleinere Banken wird eine Möglichkeit, sich an der Finanzierung dieser auf langfristigen Krediten beruhenden Geschäfte zu beteiligen, taum feststehen.

### Das Kirchenopfer am Karfreitag

ep Das Landeskirchenopfer am Karfreitag ist vom Evang. Oberkirchenrat für den Neubau einer Kirche in der Weststadt von Ulm bestimmt worden. Dieser Stadtteil ist nach der Entfestigung Ulms neu entstanden und fast eine Bevölkerung von gegen 10000 Seelen, die sich etwa zu gleichen Teilen auf die evangelische und katholische Konfession verteilen. Der katholischen Weststadtgemeinde ist es während der Inflation gelungen, ihre Kirche fertig zu stellen. Das Münster ist viel zu weit entfernt, um den Evangelischen des neuen Stadtteils als kirchlicher Mittelpunkt zu dienen. Vor etwa 2 Jahren hat man daher mit der Sammlung monatlicher Beiträge aus allen Teilen der Ulmer Gesamtgemeinde begonnen. Mit Hilfe des am Karfreitag fallenden Kirchenopfers aus dem ganzen Land hofft nun die Gemeinde, zunächst einmal den Rohbau der mit aller Sparsamkeit geplanten Kirche durchführen zu können.

### Baden

**Pforzheim, 30. März.** Ein junges Pärchen, er 20, sie 18, suchte in der Grenzstraße sein Leben durch Gas zu endigen. Durch Hinzukommen der Mutter wurde die Ausführung vereitelt. Das Paar wurde ins Krankenhaus gebracht, von wo der junge Mann alsbald wieder entlassen werden konnte. Doch brachte man ihn um Mitternacht wieder, da er mit Hyantali einen neuen Selbstmordversuch gemacht haben soll. Das Mädchen ist außer Gefahr. — Nachts fand auf der Würmbrücke beim Kupferhammer hier unter Gassen, die sich in der Kupferhammerwerkstatt befunden hatten, ein Wortwechsel statt. Hierbei hat der Fasser Wolf grundlos zum Messer gegriffen und einem ledigen Maler einen erheblichen Stich in den Hals versetzt; der Verletzte mußte sofort in das Krankenhaus verbracht werden, während der Täter festgenommen wurde.

In der Nacht zum Sonntag brach in einem an der Christof-Allee hier gelegenen eingetragenen Zimmerplatz ein Brand aus, der durch die gerufene Weckerlinie gelöscht wurde. Ein kleinerer Schaden ist dabei entstanden. Es ist zu vermuten, daß obdachlose Personen, um zu schlafen, in das Anwesen eindringen und den Brand absichtlich oder fahrlässig verursachen.

**Kandern, 30. März.** Am vergangenen Sonntag verlor der Führer eines Autos, das aus Baden-Baden kam, in der Nähe von Kaltenbach die Führung über seinen Wagen und geriet über die Böschung der Straße, wodurch der Wagen umstürzte. Der Insasse zog sich durch den Sturz schwere innere Verletzungen zu.

**Ohlsbach, 30. März.** Am Samstag vormittag wollte das Kind des Landwirts Karl Schneider, der mit Abladen seines Wagens beschäftigt war, auf diesen Wagen steigen, glitt aus und fiel mit dem Kopf auf den Boden liegenden Karst. Hierbei verletzte es sich so schwer, daß es gleich darauf starb.

**Kassatt, 30. März.** Abends fuhr in Kassatt an einer Kurve ein Radfahrer namens Becker aus Bietigheim in ein entgegenkommendes Auto. Er wurde mit voller Wucht in den Straßengraben geschleudert und erlitt schwere Verletzungen, u. a. einen Arm- und Beinbruch, während sich der Autofahrer eine Brustquetschung zuzog. Becker war ohne Licht und auf der falschen Seite gefahren. Tags darauf ist er seinen Verletzungen erlegen.

**Billingen i. B., 30. März.** Ein 21jähriges Mädchen aus Fischbach sprang aus dem um 2.40 Uhr von Konstanz her einfahrenden Personenzug, bevor er hielt und schlug derart auf den Boden auf, daß es bewußtlos mit einer schweren Gehirnerschütterung ins Krankenhaus verbracht werden mußte. Sein Zustand ist bedenklich.

**Konstanz, 30. März.** Die Polizei hat hier einen guten Fang gemacht, indem es ihr gelang, eines Einbrechers habhaft zu werden, der seit langer Zeit in Meersburg und Umgebung sein Unwesen trieb. Es handelt sich um den Hilfsarbeiter Franz Schlegel aus Konstanz, der bisher fünfzehn Einbrüche zugestanden hat.

### Notales.

Wildbad, 31. März 1926.

**Ausfall von Zügen.** Wegen der Arbeitsruhe in vielen Fabrikbetrieben fällt am Donnerstag, 1. April, aus: Zug 946, Neuenbürg ab 6.04 vm., Pforzheim an 6.23 vm. Zug 948, Wildbad ab 5.45, hält dafür in Engelsbrand, außerdem darf in Birkensfeld auch eingestiegen werden.

Zug 967, Pforzheim ab 5.20 nm., Neuenbürg an 5.49 nm. Dafür hält Zug 969, Pforzheim ab 5.36, in Engelsbrand an.

**Vom Amselshaden.** Die Amsel hat sich vom einfachen Waldvogel nach und nach zum massenhaft auftretenden Schädling in Gärten, Obst- und Weinbergsanlagen ausgeartet. Im Winter und Frühling pickt sie an Obstbäumen, Beerensbüscheln usw. die Knospen aus und frisst im Sommer und Herbst die reifenden Obstfrüchte und mit Vorliebe Beeren. Was sie nicht frisst, haut sie herunter. Ganze Erträge von Beerenanlagen und Weinbergen fallen ihr zum Opfer. Letzten Herbst haben die Amseln in den Weinbergen vielfach mehr geschadet als Rebhühner, Staren oder Sperlinge. Es ist tröstlich, wie die Grundstücksbesitzer dieser Ver-nichtung ihrer Erträge zusehen, aber die Schädlinge nicht aufanseln lassen dürfen. Obwohl diese Klagen schon oft laut wurden, sind seitens der Regierung die Schutzbestimmungen für die Amseln noch nicht geändert worden. Endlich muß aber Abhilfe geschaffen und mindestens das Erlegen der Amseln außerhalb den Waldungen freigegeben werden, denn bei der großen Notlage der Landwirte und besonders dem Elend der Weingärtner ist es dringend geboten, deren Grundstückserträge auf jede Weise zu schützen und sie nicht bloß mit übermäßigen Steuern zu bedenken. Bei Gemeindejagdverpachtungen sollte ausbedungen werden, daß Amseln außerhalb dem Wald wegzuschießen sind, sobald dies die abzuändernden Vorschriften zulassen.

**Erwerbsmöglichkeiten in der Türkei.** Es wird vielfach angenommen, daß in der Türkei günstige Arbeitsverhältnisse



Unsere Großmutter streut Lavendel in den Wäschschrank, um die Wäsche duftend zu machen. Heute wäscht man mit Dr. Thompson's Seifenpulver das die Wäsche nicht nur schnell u. mühelos reinigt, sondern auch einen zarten, frischen Duft hinterläßt, den man an keiner Wäsche so sehr liebt.

DR. THOMPSON'S SEIFENPULVER

vorhanden sind. In der Hoffnung, dort Arbeit zu finden, hat sich eine große Anzahl erwerbsloser Deutscher nach der Türkei gewandt. Der Zuzug von Arbeitsuchenden dauert noch an. Man hofft, bei den Bahnbauten in der Türkei oder bei dem Aufbau von Smyrna, das bekanntlich zum größten Teil durch einen Brand völlig zerstört wurde, Beschäftigung zu erlangen. Demgegenüber muß bemerkt werden, daß bei den Eisenbahn- und Straßenbauten in erster Linie Einzel-mische beschäftigt werden, und daß die Löhne schon wegen der Bedürfnislosigkeit der kleinasiatischen Arbeiter, aber auch in Anbetracht der wenig günstigen Finanzlage der türkischen Regierung sehr niedrig sind. Deutsche Arbeiter können von dem geringen Verdienst nicht ihre Lebensunterhaltskosten bestreiten. In Straßenbauten werden häufig Gefangene zugezogen. Bei den Bauarbeiten in Smyrna liegen die Verhältnisse ähnlich. Unter den geschicktesten Umständen sind viele der eingewanderten Deutschen in Not und Elend geraten.

**Fernsprechgebühren.** Der Reichsverband des deutschen Handwerks hat Veranlassung genommen, in einer Eingabe an den Reichspostminister entschiedene Stellung gegen eine geplante Aenderung der Fernsprechgebühren zu nehmen, weil er in der Wiedereinführung einer Grundgebühr und eine daneben zu zahlende Gesprächsgebühr eine ganz erhebliche Schädigung der mittelständischen Interessen erblickt.

**Warnung.** Vor einer Firma Racona A.-G. in Haag-Holland, die durch Zeitungsanzeigen usw. in durchaus unläuterer Art Vertreter und Abnehmer für ein Reinigungsmittel wirbt und sich Vorauszahlungen leisten läßt, wird dringend gewarnt.

### Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Beisehungsfeierlichkeiten für die Opfer auf der Fische Oberhausen fanden am Montag nachmittag statt. Vorher wurde eine Trauerfeier auf dem Fischenplatz gehalten, wozu die Spitzen der Behörden und die gesamte Verwaltung der Gutehoffnungshütte erschienen waren. Nach einem Trauermarsch betrat Weihbischof Hammels-Köln den schwarzbesetzten Rednerpult. Nach ihm sprach von evangelischer Seite Generalsuperintendent Dr. Klingmann aus Koblenz. Dann wurden die Särge einzeln in die Leichenwagen gehoben und nach vier verschiedenen Friedhöfen gebracht. Eine gewaltige Menge füllte die Straßen und Plätze.

**Bergmannslos.** Auf der Glückhils-Friedenshoffnungsgrube in Niederhermsdorf bei Waldenburg (Schlesien) sind in der letzten Woche fünf Unfälle mit tödlichem Ausgang und 12 andere Unfälle zu verzeichnen gewesen.

**Totschlag wegen einiger Pfennige.** In Worms verletzten der Arbeiter Karl Theis auf dem Wochenmarkt im Verlaufe einer Auseinandersetzung einem Gemüsehändler, mit dem er sich über den Preis nicht einigen konnte, mehrere Messerstiche. Die Auseinandersetzung drehte sich um wenige Pfennige. Der Händler verstarb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

**Tragödie im Schnellzug.** Im D-Zug Budapest-Temeswar war auf einer Station ein Reisender eingestiegen, der einen schweren Maschinenteil in das Gepäck legte. Ein ungarischer Offizier, der mit seiner Gattin, die einen Säugling in dem Arm hielt, in dem gleichen Abteil saß, machte den Reisenden darauf aufmerksam, daß das schwere Eisenstück herunterfallen und Unheil anrichten könne. Der Reisende weigerte sich jedoch, das Eisenstück herunterzunehmen. In einer Kurve fiel es tatsächlich herunter, zerquetschte dem Säugling den Kopf und der Frau den Arm. Der Offizier schoß den Reisenden nieder.

**Wien ohne Licht.** Durch einen Kabelbrand erlosch kurz vor Mitternacht in fünf Wiener Stadtbezirken das elektrische Licht, wodurch auch der Straßenbahnverkehr lahmgelegt wurde. In den öffentlichen Lokalen gab es große Verwirrung. Besonders schwer wurden die Krankenhäuser betroffen. Erst nach drei Stunden konnte die Störung beseitigt werden.

### Evang. Gottesdienst.

**Gründonnerstag, 1. April.** 9½ Uhr Predigt: Stadtvicar Dieterich. Im Anschluß Beichte für das Abendmahl am Karfreitag. 6 Uhr Predigt, Beichte und Abendmahl: Stadtpfarrer Dr. Federlin.

**Karfreitag, 2. April.** 9½ Uhr Predigt: Stadtpfarrer Dr. Federlin. Im Anschluß Feier des hl. Abendmahls. Mitwirkung des Kirchenchors. 5 Uhr Predigt: Stadtvicar Dieterich. Im Anschluß Beichte für das Abendmahl am Osterfest.

10 Uhr Predigt in Sprollenhaus: Stadtvicar Dieterich. Beichte und Feier des hl. Abendmahls.

Das Opfer am Karfreitag ist für die Ev. kirchliche Hilfskasse (Kirchbau der Weststadtgemeinde Ulm) bestimmt.

### Kathol. Gottesdienst.

**Gründonnerstag und Karfreitag 7½ Uhr Amt.** Karfreitag 9 Uhr Predigt und Passionsfeier, den ganzen Tag Anbetungskunden. Gründonnerstag und Karfreitag abend 6 Uhr Metten, Karfreitag 6 Uhr Auferstehungsfeier.

Beicht: Gründonnerstag vor dem Amt. Kommunion: Gründonnerstag und Karfreitag bei dem Amt.



